

Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft	
Vorsitzende der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.Volt, DIE LINKE und der SPD	
Haushaltssicherungskonzept (1. Fortschreibung), hier: Zweitwohnungssteuer	
Geplante Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
08.01.2026	Finanz- und Beteiligungsausschuss
14.01.2026	Bürgerschaft
	Zuständigkeit
	Empfehlung
	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Das Haushaltssicherungskonzept wird wie folgt geändert:

Im Bereich „Einnahme- und Optimierungspotenziale“ wird ein weiterer Punkt hinzugefügt:

„Prüfung konsequenterer Erhebung der Zweitwohnungssteuer.“

Sachverhalt:

Als Universitäts- und Tourismusstadt ist Rostock auch attraktiv als Zweitwohnsitz. Die Zweitwohnungssteuer soll u.a. Kosten der Stadt für Infrastruktur ausgleichen, die von Personen mit Zweitwohnsitz genutzt werden. Andere Städte mit vergleichbarem Profil erzielen z.T. höhere Einnahmen. Daher soll – ähnlich wie beim Vorgehen bei der Hundesteuer – geprüft werden, wie die konsequente Erhebung der Steuer durchgesetzt werden kann.

Finanzielle Auswirkungen:

Mehreinnahmen nicht bezifferbar.

Klimarelevante Auswirkungen

<input checked="" type="checkbox"/>	keine Auswirkungen
	positive Auswirkungen (nachfolgend)
	negative Auswirkungen (nachfolgend)
	Angabe entfällt (kein Vorhaben oberhalb von 100.000,- EUR)

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Dr. Anja Eggert / Dr. Felix Winter
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.Volt

Christian Albrecht
Fraktion DIE LINKE

Thoralf Sens
Fraktion der SPD

Anlagen

Keine